

In der Defensive

Essay Ein Begriff macht Karriere: Durch die Debatte über das ARD-Papier ist »Framing« allgegenwärtig. Sein Höhenflug begann in den Nullerjahren – als politische Waffe gegen George W. Bush.

Es gehört zu den Gesetzen einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Freund-Feind-Polarisierung, dass der Feind überschätzt und dass ihm alles zugetraut wird. In der Konsequenz wittert jede Seite permanent die Verschwörung der anderen. Der Feind scheint stets zwei Schritte voraus, er manipuliert und zieht im Hintergrund die Fäden. Seine Überlegenheit verdankt sich nicht nur seiner Ruch- und Skrupellosigkeit, sondern auch seiner perfiden Raffinesse. Während die einen noch glauben, es komme auf die Kraft des besseren Arguments an, haben die anderen die Propagandamaschine längst zum Laufen gebracht.

Das ist der, nur auf den ersten Blick übertriebene, ideologisch-historische Hintergrund der derzeitigen Diskussion um das von der ARD in Auftrag gegebene und von der Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling entworfene Papier zum »Framing«. Manche deuten es als Kapitulation eines rationalen Diskurses; eigentlich aber geht es wohl eher darum, Waffengleichheit herzustellen – was die Sache nicht unbedingt weniger problematisch macht.

Fakten, so heißt es in Wehlings Papier sinngemäß, verfangen nicht länger, um die Bürger von den Vorzügen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu überzeugen. Stattdessen solle man sich moralisch aufgeladener Narrative bedienen. Es gibt allerdings einen nicht ganz so unsichtbaren Dritten in diesem Papier: die paranoide deutsche Rechte mit ihren Kampfbegriffen vom »Staatsfunk«, der »Lügenpresse« und den »Zwangsgebühren«. Das Papier handelt davon, was dem entgegengesetzt werden kann oder, um es anders zu formulieren: Ab jetzt wird zurückgeframet.

Es ist vielleicht hilfreich zu ergründen, welchen intellektuellen Hintergrund dieses Papier hat und damit auch die Debatte, die sich an ihm entzündet. Denn lange vor dem verblüffenden Erfolg Wehlings im deutschen Medien- und Politikbetrieb haben die Sprach- und Kognitionswissenschaftler in den USA ihre große Zeit gehabt – die mittlerweile, wenn nicht alles täuscht, vorbei ist.

Der uneingeschränkte Vordenker liberaler Politik der frühen Nullerjahre war der Kognitionslinguist George Lakoff. Er war der akademische Lehrer von Elisabeth Wehling an der University of California in Berkeley, dessen intellektuelle Schablonen sie, nun ja, recht großzügig übernommen hat.



Torben Lütjen, 44, lehrt als Politikwissenschaftler an der Vanderbilt University in Nashville, Tennessee.

Lakoff, der schon in den Siebzigerjahren durch eine Kontroverse mit Noam Chomsky, einem früheren Helden der amerikanischen Linken, Bekanntheit erlangte, stieg zum omnipräsenten Berater der Demokratischen Partei auf. Howard Dean, von 2005 bis 2009 Vorsitzender des Democratic National Committee, ließ sich gar zu der Aussage hinreißen, Lakoff werde als einer der wichtigsten Intellektuellen des Jahrhunderts in die Geschichte eingehen. Lakoffs Bücher, vor allem »Don't Think of an Elephant«, hatten die linksliberalen Aktivisten damals sehr genau studiert, sie glaubten, in ihnen einen Schlüssel gefunden zu haben, die Jahre der konservativen Dominanz zu durchbrechen.

Die frühen Jahre der Präsidentschaft von George W. Bush waren eine deprimierende Zeit für die linke Mitte der USA. Zwar haben die Republikaner heute in einem Teil des Kongresses und im Supreme Court die Oberhand, und sie beherrschen das Weiße Haus, ansonsten aber hat man nicht den Eindruck, es herrsche eine konservative Hegemonie im Land – damals, in den Nullerjahren, dominierten konservative Ideen tatsächlich den Diskurs. Seit dem 11. September war das vor allem der ausgerufen »Krieg gegen den Terror«, von dem früh erkennbar war, dass er den gesamten Nahen Osten heillos destabilisieren würde. Die Demokraten standen zunächst paralysiert daneben. Viele von ihnen, darunter Hillary Clinton, hatten sogar für die Invasion im Irak gestimmt. Auch wirtschaftspolitisch besaßen die Republikaner die Übermacht: Als die Regierung 2003 kräftige Steuersenkungen durchsetzte, stimmten zahlreiche Demokraten dafür. In der Öffentlichkeit konnte der Präsident auf Unterstützung zählen – und das, obgleich davon fast nur die Reichen profitierten. 2004 wurde Bush wiedergewählt, dröhnend begleitet von einem Nachrichtensender damals noch neuen Typs: Fox News.

Linksliberale Amerikaner fragten sich, wie es bloß sein konnte, dass eine Clique texanischer Ölbarone, pathologisch lügender Kriegstreiber und fundamentalistischer Christen abermals ein Mandat für ihre ruinöse Politik erhielt. Der alte marxische Begriff vom »falschen Bewusstsein« war wieder aktuell: Warum wählten manche Menschen entgegen ihren wirtschaftlichen Interessen?

Lakoff hatte die Antwort: Die Republikaner hatten den Amerikanern den Kopf verdreht, sie sprachlich regelrecht verhext. Sie bestimmten den Diskurs in Washington, sprachen zum Beispiel von »tax relief« und suggerierten damit, Steuern zu zahlen sei eine Bürde, von der befreit zu werden eine »Erleichterung« sei.

Da es ja wohl kaum die Ideen selbst sein konnten, musste es an der Verpackung liegen. Vor allem Karl Rove, der Präsidentenberater, und der Meinungsforscher Frank Luntz galten als die teuflischen Erfinder der konservativen Gehirnwäsche. Beide wussten vermutlich kaum, wie ihnen geschah ob so viel klammheimlicher Bewunderung. Insbesondere Rove hatte seit 30 Jahren die gleichen Rezepturen zum Kulturkrieg gegen die Linke zusammengemührt. Plötzlich galt er als Sprachkünstler.

Mit Lakoffs Ideen glaubten die Demokraten, das Antidot gefunden zu haben. Lakoff riet den Demokraten, die politischen Kräfteverhältnisse durch einen anderen Gebrauch der Sprache zu verändern. Vor allem dürfe man die Begriffe des politischen Gegners gar nicht erst in den



Mund nehmen. Stattdessen müsse man eine eigene Metaphorik finden. Manches war nicht unbedingt spektakulär, anderes dafür aber umso ambitionierter, etwa sein Vorschlag, statt Steuern von einem »Mitgliedsbeitrag« zu sprechen.

Lakoffs spektakulärer Aufstieg zum Chefberater der Partei korrespondierte mit dem Aufstieg seiner Wissensdisziplin. Die kognitive oder neuronale Linguistik verkörpert zwei Phänomene, die auf ihre jeweils eigene Art zu ihrer Deutungsmacht beigetragen haben: Auf der einen Seite hält sie sich mit großem Selbstbewusstsein mittlerweile für eine empirische Wissenschaft, die mit dem Einsatz von Gehirnscans ermitteln könne, was wirklich im menschlichen Bewusstsein passiert – anders als die nur »spekulativen« Philosophen. Wer jemals eine interdisziplinäre Tagung besucht hat, der weiß, dass keine andere Wissensdisziplin derzeit ein ähnliches Selbst- und auch Sendungsbewusstsein besitzt wie jene, die in irgendeiner Weise mit den Neurowissenschaften verbunden sind; so müssen sich die Physiker nach dem Siegeszug der Quantenphysik gefühlt haben.

Der andere Grund für ihre Wirkmächtigkeit hat eher mit dem kulturellen Bedeutungszuwachs von Sprache zu tun. Selbst bei deren Verächtern hat sich irgendwie die Auffassung der Postmoderne durchgesetzt, dass, um mit Wittgenstein zu sprechen, die Grenzen unserer Sprache auch die Grenzen unserer Welt sind. Die schwindende Toleranz in der Diskussion mit Andersdenkenden, die sich ebenfalls zuerst an einigen amerikanischen Colleges gezeigt hat, hat mit der Ehrfurcht gegenüber der potenziellen Macht der Sprache zu tun, weswegen man eine Brandmauer um die bösen Worte zu ziehen habe, auf dass sie nicht augenblicklich auf die politische Realität übergreifen mögen.

Insofern wäre die zeitverzögerte Konjunktur der politisch nutzbar gemachten Neurolinguistik in Deutschland kein Zufall. Obgleich den Kräfteverhältnissen nach kaum zu vergleichen, befindet sich der liberale Teil des Landes in einem ähnlichen Stadium der Verunsicherung, fühlt sich in der Defensive. Ein merkwürdiges, beiderseitiges Missverständnis. Die paranoide Rechte befürchtet die Gleichschaltung und beargwöhnt das »Framing-Manual« der ARD als Bedienungsanleitung für die Umerziehung. Die liberale Mehrheitsgesellschaft glaubt, dass sie längst die Diskurshoheit verloren habe und es nun gelte zu retten, was noch zu retten ist, bevor die Sprache endgültig von rechts vergiftet werde. Beide Seiten überschätzen die Möglichkeiten der jeweils anderen Seite maßlos.

Vieles spricht dafür, dass eine derartige Fixierung auf Sprache nur in bestimmten historischen Situationen auftritt. In den USA ist der Einfluss von Lakoff und seinen Schülern längst nicht mehr so groß wie in den Bush-Jahren. Das hat damit zu tun, dass sich die politischen Lager mittlerweile derart scharf voneinander abgrenzen, dass man über Begrifflichkeiten kaum mehr reden muss – die Linke im Land hat ihre Identitätskrise überwunden. Während die Demokraten früher schon das angeblich kontaminierte Wort »liberal« vermieden und sich lieber »progressiv« nannten, treten einige der neuen Stars der Partei heute sogar als »Sozialisten« auf.

Es ist ziemlich eindeutig, wohin es gehen soll: raus aus der Mitte. Nicht nach rechts, wie Trump und seine Wähler, sondern nach links.

Und Marx, auch wenn er ein großer Wortfinder war, hätte sich über »Frames« wohl keine großen Gedanken gemacht; er hatte ja noch Ideen. ■